

## **Antrag Nr. 10**

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen  
an die 179. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer  
am 27. November 2025

### **Ausweitung von Qualifizierungsmaßnahmen und Sicherstellung der Fachkräfteausbildung**

Die aktuelle Arbeitsmarktsituation – hohe Nachfrage nach Fachkräften gepaart mit hoher Arbeitslosigkeit – offenbart ein Passungsproblem zwischen den Qualifikationen von Arbeitssuchenden und Anforderungen der Jobangebote. Besonders betroffen sind hierbei Menschen mit Pflichtschulabschluss, die ein niedriges Qualifikationsniveau und hohes Risiko arbeitslos zu werden, aufweisen. Zudem erfordern die fortschreitenden Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft eine zukunftsfähige Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften. Hierzu müssen besonders jene Personengruppen angesprochen werden, deren Arbeitsplätze durch die Transformation verändert werden und welche bisher zu wenig von bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen profitiert haben, wie z.B. die stille Reserve.

Eine umfassende Qualifizierung leistet einen bedeutsamen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und Teilhabe. Ohne ausreichende Fachkräfte in relevanten Bereichen wie Pflege, Ökologisierung und Digitalisierung stehen wir zudem in Zukunft vor erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Kosten. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, sind die Möglichkeiten zur Qualifizierung von geringqualifizierten Personen und die Fachkräfteaus- und Weiterbildung konsequent sowohl für arbeitslose Menschen als auch für Beschäftigte auszuweiten und Weiterbildung als gesamtpolitische Aufgabe zu verankern.

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen:**

Umsetzung einer **Qualifizierungsstrategie** unter Einbindung der Sozialpartner, die folgende Maßnahmen beinhaltet:

- Ausweitung der Angebote im Bereich der Erwachsenenbildung zur Nachholung des Pflichtschulabschlusses und von Basiskompetenzen durch Erhöhung des Budgets der Erwachsenenbildung auf mindestens 1% des Unterrichtsbudgets.
- Ausweitung der Unterstützungsangebote für die außerordentliche Lehrabschlussprüfung und Reform, um diese erwachsenengerechter zu gestalten.
- Ausstattung der Überbetriebliche Ausbildung (ÜBA) mit den notwendigen Mitteln, um Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten, eine Lehre zu ermöglichen.
- Fokus der Arbeitsmarktpolitik auf Aus- und Weiterbildungen in Zukunftsbereichen: Dies beinhaltet ein Recht auf Qualifizierung nach einer Qualifizierungsberatung und ausreichende Existenzsicherung bei Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitssuchende sowie einen Ausbau des Qualifizierungsbudgets des AMS.
- Die Umsetzung einer gesetzlich verankerten Gleichrangigkeit des Ziels der Qualifizierung und des Ziels der Vermittlung auf Arbeitsplätze mit existenzsicherndem Einkommen im AMS.
- Die Ausweitung und langfristige budgetäre Absicherung von Maßnahmen, die die Reintegration von arbeitsmarktfernen Personen in den Arbeitsmarkt unterstützen. Das sind vor allem Ausbildungsförderungen, Mobilitätsunterstützungen und Ausbau der Kinderbildungseinrichtungen.

- Die Einführung eines existenzsichernden Qualifizierungsgeldes mit Rechtsanspruch für den Besuch des Bildungsangebotes durch die Arbeitnehmer:innen, zumindest in der Höhe des Nettobetrag des vom ÖGB geforderten KV-Mindestlohnes, um berufliche Um- und Neuqualifizierung und längere Ausbildungen zu ermöglichen. Das muss einhergehen mit einer unabhängigen, qualitätsvollen und verpflichtenden Beratung.
- Die Einführung eines Aus- und Weiterbildungsfonds, an dem sich Betriebe beteiligen sollen, die nicht selbst aus- oder fortbilden (können).
- Ausbau von Um- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen speziell für Frauen in Zukunftsberufen, um berufliche Chancen von Frauen zu stärken und einen Beitrag zur Bewältigung der demografischen, digitalen und ökologischen Herausforderungen zu leisten.

Angenommen ☒

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☒

Mehrheitlich ☐